

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Rundschau)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 25.

Berlin, Sonnabend, 27. März 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Hauptergebnisse der Berufszählung. — Gehet hin und tut desgleichen. — Die Fürsorge-Erziehung Minderjähriger. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Die Hauptergebnisse der Berufszählung.

III. (Schluß.)

Hochinteressant ist die Berufszählung auch vom Standpunkte der Frauenbewegung. Die alte Ansicht, daß die Frau ins Haus gehöre, wird durch die Statistik schlagend widerlegt; denn es wird der Nachweis erbracht, daß die Zahl der Frauen, die meist durch unerbittliche Not gezwungen, außerhalb des Hauses ihren Erwerb und Beruf finden, sich bereits auf Millionen beläuft. Während die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen im Jahre 1882 4 259 103, im Jahre 1895 schon 5 264 393 betrug, stieg sie bei dieser Berufszählung im Jahre 1907 auf 8 243 498. Weinab 3 Millionen Frauen sind also in den letzten 12 Jahren in das Erwerbsleben neu eingetreten. Von 1882—1895 war eine Zunahme um 23,6 Prozent, von 1895—1907 dagegen eine solche um 56,59 Prozent zu verzeichnen. Dabei sei ausdrücklich nochmals bemerkt, daß unter Erwerbstätigkeit weder die hauswirtschaftliche Tätigkeit noch auch der Beruf als Diensthote mitgerechnet ist. Es handelt sich dabei nur um solche Frauen, die ganz oder überwiegend einen Hauptberuf ausüben, der dem der Männerarbeit gleichzustellen ist. Sehen wir diese Zahlen denen der männlichen Erwerbstätigen gegenüber, so finden wir, daß die Frauen im Jahre 1882 24,2, im Jahre 1895 25,4 und im Jahre 1907 30,7 Prozent aller Erwerbstätigen ausmachten. Es darf also gesagt werden, daß beinahe ein Drittel der gesamten volkswirtschaftlichen Arbeit auf Frauenhals ruht. Von den erwerbstätigen Frauen wird mehr als die Hälfte, nämlich 4 598 986 in der Landwirtschaft beschäftigt. Im Jahre 1882 waren es nur 2 534 909 und im Jahre 1895 2 753 154. Seit der letzten Zählung also haben die in der Landwirtschaft erwerbstätigen Frauen um 1 845 832 zugenommen. Es muß dabei allerdings bemerkt werden, daß ein großer Teil dieser Frauen zu den mithelfenden Familienangehörigen zu zählen sind. Es sind Frauen und Töchter des Betriebsleiters, die aber den größten Teil ihrer Arbeitskraft im Betriebe des Mannes oder Vaters verwenden. Immerhin sind es im Hauptberuf Erwerbstätige. In der Industrie steigerte sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen von 1 126 976 im Jahre 1882, auf 1 521 118 im Jahre 1895 und 2 103 924 im Jahre 1907. Der Zuwachs seit der vorigen Zählung beläuft sich also auf 582 806 Frauen. Sehr viel bedeutender war die Steigerung im Handel und Verkehr, einschließlich Gast- und Schankwirtschaft. Auf diesem Gebiete waren 1882 298 110, im Jahre 1895 579 609 und im Jahre 1907 931 373 Frauen tätig. Es sind also seit der letzten Zählung 351 764 Frauen mehr geworden. Auf diesem Berufsgebiete macht die Frauenarbeit 26,8 Prozent, also weit mehr als ein Viertel aus; im Jahre 1882 waren es erst 21,5 Prozent, also wenig über ein Fünftel. 320 904 Frauen verdienen ihr Brot mit häuslichen Diensten in fremdem Haushalte als Erzieherinnen, Gesellschafterinnen usw., oder mit Lohnarbeit wechselnder Art. Für die Jahre 1882 und 1895 waren die entsprechenden Ziffern 183 836 und 233 865. Der Anteil der Männer an dieser Arbeit ist in starkem Rückgange begriffen, so daß jetzt zu mehr als zwei Dritteln diese Berufsabteilung von Frauen besetzt ist. Wesentlich ge-

ringer ist der Anteil der Frauen am öffentlichen Dienst und in den freien Berufsarten, d. h. als Beamtin, Lehrerin, Metzgerin und dergleichen. Trotzdem läßt sich auch hier ein starkes Wachstum des weiblichen Anteils beobachten. Von 176 648 im Jahre 1895 stieg die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen auf diesem Berufsgebiete auf 288 311 im Jahre 1907. Weibliche Selbständige ohne Berufsangabe wurden 1907 1 792 207 gezählt, gegen 691 042 im Jahre 1895.

Wir betonen dabei nochmals, daß die weiblichen häuslichen Diensthote mit ihren 1 282 414 Köpfen in obigen Zahlen nicht mit berücksichtigt wurden. Faßt man also dieses gesamte Material zusammen, so muß man zugeben, daß der Anteil der erwerbstätigen Frauen ein ungeheuer hoher ist, und daß er tatsächlich darauf hindeutet, daß das Wort: Die Frau gehört ins Haus sich in der Theorie zwar ganz schön ausnimmt, mit den praktischen Verhältnissen aber in einem krassen Widerspruch steht.

Zum Schluß noch einige allgemeine Betrachtungen über das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie. Die Zahlen der Statistik lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß die Industrialisierung Deutschlands in den letzten 12 Jahren einen gewaltigen Fortschritt gemacht hat. Besonders gilt dies für den größten Bundesstaat Preußen, in welchem im Jahre 1882 von je 100 Personen 49,55 auf die Landwirtschaft entfielen und 50,45 auf Industrie und Handel. Beide Berufsgebiete hielten sich also ungefähr das Gleichgewicht. Im Jahre 1907 entfielen von je 100 Personen auf die Landwirtschaft nur noch 33,83, auf Industrie und Handel aber 66,17. Die Landwirtschaft war also auf ein Drittel der Berufsbevölkerung zurückgegangen, während zwei Drittel ihre Beschäftigung in der Industrie und im Handel fanden.

Nun ist es allerdings richtig, daß die Bedeutung der Landwirtschaft nicht allein an der Zahl der Personen, die sie beschäftigt, gemessen werden darf. Dasselbe gilt aber auch für Handel und Industrie, und wenn man diesen Umstand mit in Betracht zieht, so erkennt man erst recht den immer mehr überragenden Einfluß, den die beiden letztgenannten Gruppen in Deutschland erringen. Der zu landwirtschaftlichen Zwecken benutzbare Boden in Deutschland ist im allgemeinen ein unveränderlich großer. Ebenso gering ist die Steigerung der Ertragsfähigkeit dieses Bodens selbst bei intensiver Bewirtschaftung nur in einem Maße, der mit dem Anwachen der Bevölkerung nicht Schritt hält. Umgekehrt aber ergeben sich für Handel und Industrie unermessliche Entwicklungsmöglichkeiten, da sie, wenn überhaupt, in bedeutend geringem Maße an die Größe und Fruchtbarkeit des Bodens gebunden sind.

Die Tatsache einer steigenden Industrialisierung besteht, und die Veruche der Agrarier, durch alle möglichen Winkelzüge diese Tatsache abzuleugnen, sind vergeblich. Deswegen aber liegt nicht der geringste Anlaß vor, etwa mit Sorgen in die Zukunft zu blicken. Wenn die „Deutsche Tages-Zeitung“, das Hauptorgan der Agrarier, in dem Rückgange der Landwirtschaft „einen Rückgang des Gesamtvolkes, des Reiches, des Staates, der Volksgesundheit, der Volkseele“ erblickt, so sind dies leere Redensarten, die nur ein Beweis für die in jenen Kreisen vorhandene Ueberhebung sind. Besonders charakteristisch aber für die Denkart der Agrarier ist es, daß sie auch die Ergebnisse dieser Berufsstatistik dazu benutzen möchten, für sich Vorteile herauszuschlagen. Mit der ihm eigenen Unberfrorenheit erklärt nämlich das Bündlerblatt, daß, wenn der Rückgang der Landwirtschaft an-

baure, für das Gesamtvolk alles auf dem Spiele stehe. Deshalb — und das ist die Hauptfache — sei ein verstärkter Schutz der Landwirtschaft dringend notwendig.

Also auch diese Gelegenheit möchte man als Anlaß benutzen, weitere Liebesgaben für sich einzubringen. Das heißt doch wahrlich, die Logik auf den Kopf stellen! Für jeden vernünftigen Menschen ersehen sich aus den statistischen Tatsachen ganz andere Schlußfolgerungen. Die Landwirtschaft hat einen ihre Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft weit übersteigenden Einfluß in der Gesetzgebung und zwar sowohl im Reiche als auch in den meisten Bundesstaaten. Die großen Industriezentren sind gegenüber dem flachen Lande stark benachteiligt. Besonders stark tritt diese Erscheinung in Preußenutage. Die Zahl der parlamentarischen Vertreter der großen Städte, in denen in der Hauptfache Industrie und Handel ihren Sitz haben, müßte ungleich viel größer sein. Die Forderung einer Neueinteilung der Wahlkreise hat durch diese Berufszählung die allerwirksamste Begründung erfahren. Wer die fortschreitende Industrialisierung Deutschlands aus dieser Statistik erkennt, der muß auch für eine Neugestaltung unserer politischen Verhältnisse, insbesondere für die Reform des Wahlrechts, zu haben sein.

Gehet hin und tut desgleichen!

Man soll das Gute nehmen, von welcher Seite es auch kommt. Deshalb möchten wir unsern Lesern einige Sätze unterbreiten, die wir der letzten Nummer der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ entnehmen. Mögen die Arbeiter die Worte beherzigen und die nötigen Schlußfolgerungen daraus ziehen! Das Schmarzblätterblatt schreibt in einem an die Leser gerichteten Aufruf:

„Der Zusammenschluß der deutschen Arbeitgeber hat erfreuliche Fortschritte gemacht. Hieron zeugt nicht nur das Wachstum der bestehenden Arbeitgeberverbände und die Bildung zahlreicher neuer Vereinigungen, sondern vor allen Dingen die bemerkenswerte Tatsache, daß sich auch zwischen den einzelnen Verbänden und zwischen den großen Zentralen engere Beziehungen hergestellt, die ein gezieltes Zusammenarbeiten ermöglichen sollen und ermöglichen werden. Ueber ein bedeutsames Ereignis in dieser Richtung konnten wir noch in der letzten Nummer berichten. (Gemeint ist der neue Kartellvertrag zwischen Hauptstelle und Verein Deutscher Arbeitgeberverbände. Die Red.) Allein es wäre ein schwerer Fehler, wollten die deutschen Arbeitgeber sich mit dieser Erregung begnügen. Vieles ist getan, das mehr bleibt noch zu tun! Innerhalb derjenigen Erwerbszweige, in denen die Erkenntnis von der Notwendigkeit fester Organisation bereits durchgedrungen ist, gilt es noch manche Klüde zu schließen. Aber daneben finden sich weite Gebiete des Erwerbslebens, auf denen der Organisationsgedanke erst spärlich Wurzel gefaßt hat.“

Deshalb soll unermüdet an dem Ausbau und der Ausbreitung der Organisation gearbeitet werden. Diese Ausführungen zeigen, wie einig und geschlossen das Unternehmertum dassteht. Was liegt da näher, als daß die Arbeiter aus diesem Vorgehen lernen und dieselben Mittel in Anwendung bringen, um sich eine ebenbürtige Macht durch eine einheitliche Organisation zu schaffen! Wir dürfen es uns heute verlagern, nochmals unsern Ruf nach Einigkeit innerhalb der Organisation und die Mahnung nach besseren Beziehungen zwischen den verschiedenen Organisationsrichtungen zu wiederholen. Die zitierten Sätze befragen für den denkenden Arbeiter genug.

Hören wir aber die „Arbeitgeber-Zeitung“ weiter. In richtiger Erkenntnis, daß die Presse in dem Kampfe um die Wahrung der Interessen ein überaus wichtiger Faktor ist, wird in dem Unternehmerrblatt weiter gesagt:

„Nach wie vor will die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ ein geistiges Band darstellen, das sich unter schied-

Los um alle Arbeitgeber schlingt, ein Mittel der Verknüpfung, ein Mittel der hilfsbereiten gegenseitigen Kräftigung. Sie will der Abwehr unberechtigter Forderungen dienen und dem oft allzu raschen Gange der sozialpolitischen Gesetzgebung beratend und kritisch folgen. Besonders Gewicht wird auch fernerhin auf die gemeinverständliche Darstellung der soziologischen Probleme gelegt werden."

Daneben soll die Wahrnehmung praktischer Interessen nicht aus dem Auge verloren werden; der Streikschauplatz des In- und Auslandes soll beobachtet, die Auskunftsverteilung in allen auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bezüglichen Rechtsfragen gepflegt werden usw. Trifft nicht dies alles auch für die Presse der Arbeiter zu? Kann man nicht alles unterschreiben was hier die „Arbeiter-Zeitung“ sagt, abgesehen natürlich davon, daß unser Urteil über den Gang der sozialpolitischen Gesetzgebung gerade das entgegengesetzte ist? In Arbeiterkreisen wird die Bedeutung der Presse leider nicht gebührend gewürdigt, sonst müßte die Zahl der freiwilligen Abonnenten auf den „Gewerksverein“ viel größer sein. Vielleicht tragen diese Ausführungen der „Arbeiter-Zeitung“ dazu bei, daß den allzu sorglosen Arbeitern die Augen geöffnet werden. Möge der Aufruf auch bei den Arbeitern die Erkenntnis von der Notwendigkeit des festeren Zusammenschlusses wahrnehmen und der Verbreitung unseres Verbandsorgans förderlich sein. Denn was das Schachnachrichtenblatt für die Unternehmer sagt, das gilt noch in viel höherem Maße für die Arbeiter, denen wir deshalb zum Schluß nochmals zurufen möchten: Vernetz daraus und handelt danach!

Die Fürsorge-Erziehung Minderjähriger.

Im preussischen Ministerium des Innern wird alljährlich eine Statistik über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger veröffentlicht. Für das Rechnungsjahr 1907, d. h. die Zeit vom 1. April 1907 bis 1. April 1908, ist dieselbe jetzt veröffentlicht worden. Diese Statistik gibt dem sozialdenkenden Leser eine reiche Fülle von Material, weshalb wir die wichtigsten Ergebnisse hier mitteilen.

Die Zahl der der Fürsorgeerziehung Ueberwiesenen betrug im Jahre 1907 6921, d. h. um zwei weniger als im Vorjahre. Zum ersten Male seit dem Jahre 1904 ist wiederum eine, wenn auch nur geringfügige Abnahme der Ueberweisungen zu verzeichnen. Nach einer Uebersicht über „den letzten Wohnort“ der Zöglinge ergibt sich, daß bei Berlin wieder eine Zunahme, in den Großstädten mit 100 000 und mehr Einwohnern dagegen eine geringe Abnahme der Zöglinge zu verzeichnen ist. Die Gemeinden von 5000 bis unter 100 000 Einwohnern zeigen sämtlich eine, wenn auch teilweise geringfügige Vermehrung, die Gemeinden unter 2000 Seelen dagegen noch wie von einem Rückgang der der Fürsorgeerziehung Ueberwiesenen. Die Zahl der unehelich Geborenen unter den Zöglingen ist wiederum relativ wie absolut gestiegen. Das Verhältnis der Beteiligung der beiden großen christlichen Konfessionen an der Zahl der Fürsorgezöglinge hat sich gegen die Vorjahre nur unwesentlich geändert. Dem Religionsbekenntnisse nach waren evangelisch 62,6 vom Hundert, katholisch 36,8 v. H., jüdisch 0,4 v. H. und 0,2 v. H. anderen Glaubens. Die Zahl der Zöglinge, die ganz oder teilweise außerhalb des Elternhauses erzogen wurden, ist um 102 oder 1,5 vom Hundert gegen das Vorjahr zurückgegangen. Die große Zahl der Zöglinge mit unregelmäßigem Schulbesuch (51 v. H.) weist wieder eindringlich darauf hin, wo der Hebel anzusetzen ist, um der Verwahrlosung vorzubeugen.

Auch über den Beruf und die soziale Stellung der Eltern sind Erhebungen angestellt worden. Zum ersten Male weist die Zahl der aus landwirtschaftlichen Familien stammenden Zöglinge eine Vermehrung auf. Immerhin bilden sie mit 12 v. H. nur ein Viertel der Zöglinge aus Familien, die in Industrie und Handel beschäftigt sind. Die große Zahl der letzteren und der Zöglinge, deren Eltern mit Lohnarbeiten wechselnder Art beschäftigt sind, lassen erkennen, daß Kinderhorte und ähnliche Einrichtungen zum Schutze unbeaufsichtigter Kinder noch lange nicht die Beachtung und Verbreitung gefunden haben, die sie verdienen. Die Tatsache, daß bei 40,9 vom Hundert der Familien, aus denen Fürsorgezöglinge stammen, der Vater oder die Mutter oder beide gerichtlich vorbestraft sind, sollte Anlaß zu einer engeren Frühlanahme zwischen Strafrichter und Vormundschaftsrichter bieten. Die große Zahl von Familien, in denen schlechte Reigungen der Eltern, namentlich Trunksucht der Väter und Unzucht der Mütter, oder geistige Minderwertigkeit die Erziehungsfähigkeit beeinträchtigen oder ausschließen, bietet der freien Beeinträchtigung ein reiches und dankbares Arbeitsfeld.

Besonders auffallend ist in diesem Jahre die erhebliche Steigerung der Zahl der Eltern mit einem Einkommen von 900 bis 3000 Mark, deren Kinder in Fürsorgeerziehung genommen werden mußten. Sie hat eine bisher noch nicht beobachtete Ziffer erreicht und übertrifft das Vorjahr absolut um 448 und relativ um 7,3 v. H. Ergibt sich daher hieraus, daß höhere Einkommen nicht immer der Erziehung der Kinder zugute kommen, so lassen auf der anderen Seite die gegen das Vorjahr zwar etwas zurückgegangenen, aber noch immer hohen Zahlen der Eltern, die landarm, ortsarm, ohne oder ohne bestimmtes Einkommen sind oder nur ein solches bis zu 900 Mark haben, erkennen, daß wirtschaftliche Not die Erziehungsarbeit wesentlich erschwert. Die bereits im schulpflichtigen Alter gerichtlich bestraften Zöglinge beiderlei Geschlechts haben absolut und relativ gegen das Vorjahr einen kleinen Rückgang zu verzeichnen. Auch die Zahl der im schulpflichtigen Alter mit Gefängnis bestraften hat gegen das Vorjahr wieder abgenommen. Die Zahl der noch nicht untergebrachten Zöglinge ist gegen das Vorjahr von 787 auf 868 gestiegen; es ist dies ein Zeichen dafür, daß immer noch nicht rasch genug eingegriffen wird. Auch die Zahl der im Gefängnis Befindlichen (68) ist noch viel zu hoch. Die Gesamtkosten der Fürsorgeerziehung haben im Jahre 1907 8 259 237 Mark betragen, davon entfielen auf die Kommunalverbände 2 812 069 Mark und auf den Staat 5 447 168 Mark.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 26. März 1909.

30 Jahre Mitglied des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter ist am kommenden Sonntag, den 28. März, der Generalsekretär Kollege Gustav Hartmann. Wenn wir auch sonst von derartigen Jubiläen keine Notiz zu nehmen pflegen, so glauben wir doch in diesem Falle eine Ausnahme machen zu sollen. Kollege Hartmann befindet neben dem schwierigen und verantwortungsvollen Posten des Generalsekretärs seines Gewerksvereins auch noch das Ehrenamt des Vorsitzenden des Zentralrats der Deutschen Gewerksvereine und erfreut sich dabei des Vertrauens der gesamten Organisation. Das beweist am besten die wiederholte einstimmige Wiederwahl. Eng verwachsen mit der Geschichte der Deutschen Gewerksvereine ist der Name Hartmanns, der allen Kollegen als Vorbild treuer Pflichterfüllung dienen und als das Muster eines echten Gewerksvereiners gelten kann. Wir wünschen dem Jubilar an diesem Ehrentage als Freund und Kollege aufrichtigen Segens, daß er unserer Organisation noch recht lange erhalten bleibe und daß ihm die Kraft und die Energie beschieden sei, die erforderlich ist, daß der schwere Kampf, den die Deutschen Gewerksvereine nach vielen Seiten hin zu führen haben, siegreich durchgeführt wird im Interesse der gesamten deutschen Arbeiterchaft.

Die Schlichtungsverhandlungen im Schneidergewerbe in Frankfurt a. M. Vom 20. bis 22. März tagten in Frankfurt a. M. die Hauptvorstände sämtlicher Organisationen des Schneiderberufes zur Schlichtung von Tarifstreitigkeiten, die sich für 26 Städte ergeben hatten. Die Situation war im allgemeinen eine sehr ernste, da die augenblickliche Depression auf wirtschaftlichem Gebiete auch sehr schwer auf den Schneiderberuf lastet und auch zurzeit noch wenig Besserung zeigt. So ist es erklärlich, daß die Arbeitgeber gerade in diesem Jahre ganz besonders energisch gegen die Forderungen der Arbeitnehmer Front machten, so daß die örtlichen Verhandlungen vielfach zu keinem Resultat geführt hatten. Da war es nun Aufgabe der Hauptvorstände, eine Schlichtung dieser sämtlichen Streitfälle herbeizuführen, widrigenfalls ein rührender Kampf, eventuell auch die Generalauslösung unausbleiblich gewesen wäre. Es glückte dann auch in dreitägigen Verhandlungen eine Einigung für sämtliche Orte herbeizuführen. Zur Verhandlung standen die Orte Allenstein, Baden-Baden, Barmen-Elberfeld, Bochum, Jelle, Dresden, Düren, Essen, Frankfurt, Gelsenkirchen, Gera, Graubenz, Halle a. S., Hannover, Leizwig, Lübeck, Miltheim am Rhein, Delsnis, Pforzheim, Posen, Queblinburg, Solingen, Stettin, Thorn, Trier und Wiesbaden. Der Friede ist somit für dieses Jahr im Schneiderberuf gesichert und den beiderseitigen Organisationen Zeit und Muße gegeben, an den Ausbau des bereits in Aussicht genommenen Reichstaris heranzutreten. Es wäre erfreulich, wenn auch in allen anderen Gewerben sich die Streitigkeiten in ebenso sachlicher Weise aus der Welt schaffen ließen.

Das Schicksal der Reichsfinanzreform wird immer schlechter. Die Zinrentensteuer und die

Gas- und Elektrizitätssteuer sind von der Kommission rundweg abgelehnt worden. Die ganze Baufe hat also schon ein Loch erhalten. Die Konservativen haben ferner kurz und bündig erklärt, daß sie weder von einer Nachlaß-, noch von einer Besitzsteuer etwas wissen wollen, und daß bei ihnen von einem Verzicht auf die Branntweinlichsabgaben gar nicht die Rede sein kann. Damit wäre wohl das Ende des Blocks und gleichzeitig das Schicksal der Reichsfinanzreform besiegelt. Indessen, es wäre leichtfertig, wollte man an die augenblickliche Situation nun bestimmte Folgerungen knüpfen. Die Reichsfinanzreform hat schon so viele Ueber-ratungen gezeitigt, daß man jeden Augenblick auf neue gefaßt sein muß.

Unterdessen sind die Steuerfucher unablässig an der Arbeit. Maßgebende Zentrumsblätter veröffentlichten jetzt einen Reformplan auf folgender Grundlage:

Der Gesamtbedarf wird auf 490 Millionen bemessen; davon kommen jedoch in Abzug 60 Millionen, weil die Fahrkartensteuer und Zuckersteuer in ihrer bisherigen Höhe erhalten bleiben sollen. Der Rest von 430 Millionen soll wie folgt aufgebracht werden: 25 Millionen Mark durch Erhöhung der Matrikularbeiträge, 100 Millionen Mark durch eine Besitzsteuer, gleichviel in welcher Form, voraussichtlich durch Besteuerung der Erbanfälle an Kinder und Ehegatten und 305 Millionen Mark durch Erhöhung oder Neueinführung folgender indirekter Steuern:

Brausteuer	mehr 100 Millionen
Branntweinsteuer	100 "
Tabak- u. Zigarettensteuer	50 "
Kaffeesteuer	40 "
Zündholzsteuer (neu)	15 "

Es ist wirklich bewundernswürdig, wie man immer wieder neue indirekte Steuern erfindet, die gerade die breiten Massen treffen. Im übrigen glauben wir nicht, daß, wie die politischen Verhältnisse zurzeit liegen, dieser Plan mehr Aussicht auf Annahme hätte.

Die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte. Im „Reichsgesetzblatt“ ist jetzt das Gesetz vom 15. März d. J. veröffentlicht worden, das nur aus folgendem einen Paragraphen besteht:

„Soweit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, sind als Armenunterstützung nicht anzusehen:

1. die Krankenunterstützung;
2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Unfallhilfe;
3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf;
4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind;
5. Unterstützungen, die erstattet sind“.

Es muß zugegeben werden, daß dieses Gesetz gegenüber dem bisherigen Zustand einige nicht unwesentliche Verbesserungen bringt.

Arbeiterbewegung. Die allgemeine Bauarbeiterausperrung in Braunschweig ist vermieden worden, da die streikenden Zimmergefallen die Arbeit wieder aufgenommen haben. — In dem Farberwerk zu Mühlheim am Main vorm. A. Leonhardt u. Co. sind 140 Arbeiter wegen Lohnforderungen in den Zustand getreten. — Die Zimmerleute an dem Neubau der Nordbrücke in Köln a. Rh. haben wegen Tarifforderungen die Arbeit niedergelegt. — In Magdeburg sind die Fensterputzer in eine Lohnbewegung eingetreten, nachdem die Unternehmer die geltenden Tarifverträge eingündigt haben. — Trotz der in Frankfurt a. M. erfolgten Einigungsverhandlungen zwischen den Hauptvorständen der beiderseitigen Organisationen im Schneidergewerbe sind in Wiesbaden die Damen Schneider in den Zustand getreten, weil ihnen nicht eine 50 prozentige, sondern nur eine 33 prozentige Lohnhöhung für Ueberstunden bewilligt wurde. — In Berlin sind die Kostschneider und Schneiderinnen in den Streik getreten, nachdem die gepflogenen Einigungsverhandlungen ergebnislos verlaufen sind. Weder über die Zeitlöhne noch über die Stücklöhne konnte eine Einigung erzielt werden.

Der Zustand der französischen Postbeamten kann als beengt gelten, wenn auch in wenigen Orten die Bewegung noch fortdauert. Der Ministerpräsident Clemenceau hat eine Deputation der Streikenden in Gegenwart des Ministers der öffentlichen Arbeiten empfangen und ihr das Zugeständnis gemacht, daß die Beamten fernerhin

dem Minister selbst ihre Wünsche unterbreiten können, ohne daß sie sich der Vermittlung des Unterstaatssekretärs Simyan zu bedienen brauchen, der den Anlaß zum Streit gegeben hatte. Die Forderung auf Entlassung dieses Beamten wurde indessen vom Ministerpräsidenten abgelehnt, wenn man auch annehmen darf, daß Simyan nach diesen Vorgängen in wenigen Tagen aus dem Amte scheiden wird. Weiter wurde den Beamten eine neue Organisation der Postverwaltung in Aussicht gestellt. Das Beförderungswesen soll künftig im Sinne der Wünsche der Beamten geregelt werden. Maßregelungen von Streikenden sollen nicht erfolgen. Auf Grund dieser Zugeständnisse haben dann die Beamten in Paris und auch sonst im Lande fast überall ihren Dienst wieder aufgenommen.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Februar hat nach dem „Reichsarbeitsblatt“ kein einheitliches Bild. Das anhaltend kalte Wetter hielt in einer Reihe von Großindustrien eine Verlebung hinten. So waren vor allem das Baugewerbe und die von ihm abhängigen Gewerbezweige nach wie vor schlecht beschäftigt. Auch im Ruhrkohlengebiete war die Lage eine unverbessert schlechte. Teilweise traten noch weitere Abschwächungen ein. Das Stilllegen der Schiffsahrt wirkte lähmend auf den Absatz. Ebenso war in der Metallindustrie eine Besserung nicht zu bemerken, wenn auch die rückläufige Bewegung im allgemeinen zum Stillstande gekommen zu sein scheint. Andererseits machten sich die Einflüsse der beginnenden Frühjahrsfäule in einer Reihe von Industrien lebend geltend, so in der Kleider- und Wäschekonfektion und in der Futurindustrie. Jedoch ist zu bemerken, daß vielfach die Steigerung der Beschäftigung schwächer war als im Vorjahre. Schlechter als im Vormonate war das Berliner Brauergewerbe beschäftigt, während die bayerischen Brauereien nach wie vor hinreichend zu tun hatten. Die Vinnenschiffahrt lag, wie im Januar, so gut wie völlig darnieder. Auf dem Rhein sowohl wie auf dem Neckar und der Elbe fanden Schiffsbewegungen nur in ganz geringem Umfange statt.

Daß eine irgendwie erhebliche Besserung des Beschäftigungsgrades noch nicht eingetreten ist, geht auch aus den Nachweisungen der an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen hervor. Am 1. März 1909 ergab sich gegen den 1. Februar 1909 eine geringe Zunahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 6544 Mitglieder. Dabei war bei den männlichen Mitgliedern eine Abnahme um 4240, bei den weiblichen eine Zunahme um 10784 Personen zu verzeichnen. Im Vorjahre zeigte sich am 1. März gegen den 1. Februar eine Zunahme um 58789 Mitglieder, und zwar um 49001 männliche und 9788 weibliche Personen.

Die **Vermittelungsergebnisse der Arbeitsnachweise** geben ein ähnliches Bild, wie es die vorstehenden Zahlen bieten. Die Verkehrseinnahmen aus dem Güterverkehre deutscher Eisenbahnen waren im Februar 1909 um 7661165 Mf. niedriger als im gleichen Monate des Vorjahres; es bedeutet das eine Mindereinnahme von 194 Mf. oder 7,65 Proz. auf 1 Kilometer. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Februar 1909 einen Tag weniger zählte als im Vorjahre.

Unpolitisch und interkonfessionell. Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der evangelische Arbeitersekretär Lepper in der „Düsseldorfer Zeitung“ einen Artikel, der ein großes Schlaglicht auf die Neutralität der christlichen Gewerkschaften wirft. In Düsseldorf wollten die christlichen Gewerkschaften die Stelle eines Kartell- und Konföderationsbeamten besetzen. Nun sind in Düsseldorf bereits 18 christliche Gewerkschaftsbeamte vorhanden, sämtlich katholischer Konfession. In den Agitationsversammlungen hatte es bisher immer geheißen, man würde gern auch evangelische Kollegen als Beamte anstellen, wenn sich nur solche melden wollten. Ja, man erklärte sogar, bei eventuellen Meldungen von gleichberechtigten Bewerbern sollte einem Evangelischen der Vorzug gegeben werden. Infolgedessen hatten sich auf Verlangen der evangelischen Arbeitervereine, die zugleich Mitglieder in der christlichen Gewerkschaft hatten, zwei evangelische Arbeiter um den Posten beworben. Der eine von ihnen, ein Holzarbeiter K i m m a n n, brauchte eine Prüfung seiner Fähigkeiten nicht zu fürchten, da er schon jahrelang sich gewerkschaftlich betätigt hatte. Trotzdem ließ man ihn durchfallen, unter allen möglichen nichtigen Vorwänden. Die wahren Gründe aber hat der christliche Gewerkschaftssekretär Schmitz öffentlich bekannt gegeben, indem er mit erschütternder Offenherzigkeit erklärte: „Bei der Wahl eines

evangelischen Beamten würde die Gefahr vorliegen, daß sich bei politischen Wahlen die Gewerkschaftsbeamten entgegenarbeiten würden. Außerdem seien neun Zehntel der Mitglieder katholisch, und der evangelische Beamte würde bei dem größten Teil der katholischen Mitglieder ohne Einfluß bleiben.“

Aus dieser Aeußerung erlieht man erstens, wie es um die Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaften bestellt ist, dann aber auch, daß diese tatsächlich ein Anhängel der Zentrumsparthei sind, weil man ja befürchtet, daß der evangelische Beamte bei politischen Wahlen den übrigen entgegenarbeiten könne. Das zeigen auch die Ausführungen eines anderen christlichen Gewerkschaftssekretärs, namens Eidmann, der öffentlich ausführte, daß bei der heutigen politischen Konstellation der evangelischen Arbeitervereine des Kreises Düsseldorf von der Wahl eines evangelischen Beamten abgesehen werden müsse. „Ja, wenn wir hier in Düsseldorf eine einflussreiche christlich-soziale Partei hätten, dann ließe sich über die Sache reden.“

Diese Tatsachen zeigen mit aller Menschenswerten Deutlichkeit, was es mit der Neutralität der Christlichen auf sich hat. Und diese Leute wagen es, in Flugblättern zu behaupten, daß sie allein auf neutralem Boden stehen, während die Deutschen Gewerkschaften nicht neutral seien. Auch hier wieder ein drastisches Beispiel für die Aufrichtigkeit der Christlichen! Die Folge der geäußerten Vorgänge in Düsseldorf ist nun, daß eine Anzahl von evangelischen Arbeitervereinsmitgliedern aus den christlichen Gewerkschaften ausgetreten sind, und eine besondere evangelische Gewerkschaft gegründet haben sollen. Das wäre wirklich zu bedauern. Noch größer, als sie ohnehin schon ist, braucht die Zersplitterung in der Arbeiterbewegung wahrhaftig nicht zu werden. Wenn jene mit Recht verärgerten Arbeiter sich einer wirklich neutralen Organisation anschließen wollen, dann steht ihnen nur der Weg offen zu den Deutschen Gewerkschaften. Soffentlich finden sie denselben!

Ueber den Mitgliederzrückgang in den „freien“ Gewerkschaften klagt auch die sozialdemokratische „Schwäb. Tagwacht“. Auch hier wird als Ursache des Rückganges die zurzeit herrschende Krise angeführt. Es heißt in dem fraglichen Artikel, daß die ungunstige Konjunktur des vergangenen Jahres auch auf die Gewerkschaften in Württemberg einen recht nachteiligen Einfluß ausgeübt habe, der sich auf der einen Seite in der Abnahme der Mitgliederzahl, die bei einzelnen Organisationen recht beträchtlich ist, äußerte. Der Rückgang an Mitgliedern dürfte in Württemberg etwa in demselben Maße erfolgt sein wie im übrigen Deutschland, wo er von der Generalkommission für das 3. Quartal 1908 auf 5—6000 angegeben wurde. Im 4. Quartal dürfte sich der Rückgang noch um einige Tausend gesteigert haben. Nach der „Schwäb. Tagwacht“ gingen in Württemberg im Jahre 1908 die „freien“ Gewerkschaften um 1694, oder um weit über 3 Prozent herab. Selbst in Stuttgart, wo sowohl der Holzarbeiterverband als auch der Metallarbeiterverband ihren Sitz haben, betrug die Abnahme 642. Bei 27 Verbänden der „freien“ Gewerkschaften in Württemberg ist eine Abnahme der Mitglieder um 2962 zu verzeichnen. Die Maurer haben 648, die Textilarbeiter 416, die Fabrikarbeiter 324, die Steinarbeiter 218, die Transportarbeiter 215, die Metallarbeiter 210, die Holzarbeiter 208 Mitglieder verloren. Die Aufstellung der Abnahmehiffern schließt mit „u. s. w.“ ein Beweis, daß auch andere Verbände Mitgliederverluste zu verzeichnen haben. Nun weiß man ja außerdem, wie man in den „freien“ Gewerkschaften mit solchen Zahlen umgeht. Wir sind überzeugt, daß in Wirklichkeit der Rückgang ein noch viel stärkerer ist, als er in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt. Jedenfalls zeigen diese Angaben, wie wenig Anlaß die Verbänder hatten, sich über den Rückgang in unserer Organisation lustig zu machen.

Haushaltungswirtschaftlicher Unterricht. Da die Frauen immer mehr in das Erwerbsleben einbezogen werden, so wird für sie auch die Gelegenheit immer geringer, sich hauswirtschaftliche Kenntnisse anzueignen. Nach der Verheiratung und bei Gründung eines eigenen Hausstandes stehen deshalb die Frauen oftmals vor ganz neuen Aufgaben: Sie sollen eine Tätigkeit übernehmen, für die sie nicht im geringsten vorgebildet sind, und von deren richtiger Ausübung, namentlich bei beschränkten Mitteln, doch das fernere Wohlergehen der Familie abhängt.

Um die Lücke auszufüllen, die hier in der Heranbildung zur Hausfrau liegt, ist im letzten Jahrzehnt vielfach in den Volksschulen der hauswirtschaftliche Unterricht eingeführt worden. Durch

diesen Unterricht, der sich allgemein bewährt hat und dessen Kosten nicht allzu groß sind, wird schon bei den Schülerinnen eine gewisse Grundlage hauswirtschaftlicher Kenntnisse gelegt. Und höher noch als die Aneignung von positiven Kenntnissen ist vielfach die Erweckung des Interesses für hauswirtschaftliche Fragen anzusehen.

Bisher ist in Deutschland der hauswirtschaftliche Unterricht in den Volksschulen von ungefähr 700 Orten eingeführt worden. Teilweise ist dieser Unterricht obligatorisch, teilweise bleibt es den Schülerinnen überlassen, ob sie daran teilnehmen wollen. In Preußen war der hauswirtschaftliche Unterricht bis vor kurzem in ungefähr der Hälfte der Städte, wo er besteht, obligatorisch. Jetzt ist in Preußen durch eine besondere ministerielle Verfügung der Haushaltungunterricht überall dort, wo er überhaupt eingeführt ist, für obligatorisch erklärt worden. Auch in anderen Bundesstaaten, so in Hessen und Sachsen ist der hauswirtschaftliche Unterricht in den Volksschulen zu einem obligatorischen Unterrichtsfach gemacht worden.

Gegenüber den sonstigen Kosten für den Schulunterricht verursacht der Haushaltungunterricht nur eine Mehrausgabe von 15 bis 20 Mf. für die Schülerin. Die Erfolge, die bisher damit erzielt worden sind, lassen aber eine solche Mehrausgabe als durchaus zweckmäßig erscheinen.

Eine schulärztliche Schlußuntersuchung ist, wie wir der „Soz. Praxis“ entnehmen, in diesem Frühjahr zum ersten Male in Chemnitz eingeführt worden. Die zu Ostern zur Entlassung kommenden Schulkinder werden einer schulärztlichen Untersuchung unterworfen, durch die festgestellt werden soll, ob sie für bestimmte Berufe gesundheitlich tauglich sind oder nicht. Diese Untersuchung findet schon längere Zeit vor dem Entlassungstermin statt, damit die Eltern je nach dem Ergebnisse die Wahl des Berufs treffen können. Man hofft auf diese Weise z. B. Kinder, die lungengefährdet oder tuberkulös sind, von Berufen fernzuhalten, die mit besonderer Anstrengung verbunden sind und durchaus gesunde Arbeiter erfordern.

Dieses Vorgehen der Stadt Chemnitz sollte weitestehende Nachahmung finden. Für die Wahl des Berufes dürfen nicht allein Neigung und geistige Veranlagung maßgebend sein, sondern auch die körperliche Beschaffenheit sollte eine Rolle spielen.

Die deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1908. Wie das Kaiserliche Statistische Amt auf Grund der Bekanntmachungen der Gerichte im „Reichsanzeiger“ ermittelte, wurden im Jahre 1908 151 Gesellschaften mit einem nominellen Aktienkapital von 162,5 Millionen Mark neu gegründet, gegenüber 217 Gesellschaften mit 260,7 Millionen Mark im Jahre 1907. Die Gründungstätigkeit des vergangenen Jahres ist somit erheblich schwächer gewesen als im Jahre 1907, was sicherlich mit auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse zurückgeführt werden darf.

Von den 151 neuen Gesellschaften des Jahres 1908 wurden 72 mit 82 Millionen Mark Aktienkapital unter Einbringung bestehender Unternehmen gegründet; für die Sachanlagen wurden hierbei 66,5 Millionen Mark in Aktien gewährt. Im Jahre 1907 war die Umwandlung bestehender Unternehmen in Aktiengesellschaften — wie die gesamte Gründungstätigkeit — größer; im Wege der Umwandlung waren im Vorjahre 118 Gesellschaften mit 182,8 Millionen Mark Nominalkapital gegründet. Kapitalerhöhungen erfolgten im Jahre 1908 bei 295 Gesellschaften um 443,9 Millionen Mark, während 69 Gesellschaften Kapitalerhöhungen in Höhe von 40 Millionen Mark vornahmen.

Neben den „tätigen“ Gesellschaften ermittelt das Kaiserliche Statistische Amt die Gesellschaften in Liquidation und in Konkurs. Im Jahre 1908 traten in Liquidation 73 Gesellschaften mit 80 und gierten in Konkurs 16 Gesellschaften mit 10,2 Millionen Mark Nominalkapital.

Gewerkvereins-Zeil.

3. Dazwig. Am 11. März fand hier eine von annähernd 400 Personen besuchte öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in der Kollege Erlelenz einen Vortrag hielt über das Thema: „Welche Vorteile haben die Arbeiter und Arbeiterinnen von den wirtschaftlichen Berufsorganisationen?“ Eingangs seiner Ausführungen wies der Redner darauf hin, daß in früheren Zeiten jeder Geselle Aussicht hatte, in nicht allzu langer Zeit selbst Meister zu werden; heute sei das nicht möglich, da das Selbständigwerden ein Anlagekapital erfordere, das der Geselle sich nicht ersparen könnte. Es hat sich auch infolge des riesigen Fortschritts der heutigen Technik das Handwerk mehr und mehr zum Großbetriebe entwickelt. Eine gewaltige Arbeiterkraft ist gleichzeitig damit entstanden, die eine besondere Organisation erfordert; die Arbeiterberufsvereine streben vor allem darnach, die wirtschaftliche Lage des Arbeiters zu heben durch ange-

